

Fachtagung der AGABY

„Zukunftsthemen der Integrationsarbeit – Herausforderungen für die Arbeit der Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns“

29. März 2014 in Augsburg

BERICHTERSTATTUNG

AG 4

Zuwanderung aus der EU

Zahlen, Fakten, Daten zur Migration innerhalb der EU

Willkommenskultur statt Diffamierung

Input:

Dr. Elke Tießler-Marenda, Deutscher Caritasverband e.V.

Moderation:

Antonino Pecoraro, Vorstandsmitglied der AGABY

Berichterstattung:

Veranika Madorskaya, Projektmitarbeiterin der AGABY

Wichtigste zentrale Inhalte, Input

1. Unionsbürgerschaft

Freizügigkeitsrecht ist Bürgerrecht. Voraussetzungsloses Aufenthaltsrecht für 3 Monate, auch nicht an die Lebensunterhaltssicherung aus eigenen Mitteln gebunden.

Nach drei Monaten wird differenziert zwischen wirtschaftlich aktiven (Arbeitnehmer(innen) und Selbständige, aber auch Arbeitssuchende) und wirtschaftlich nicht aktiven EU-Bürger(innen) z.B. Rentner, Studenten, bei ihnen muss der Lebensunterhalt nach Ablauf des 3-monatigen Voraussetzungslosen Aufenthaltsrecht ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen gesichert sein.

Für Staatsangehörige der Beitrittsstaaten galt (bis 31.12.2013) eine beschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit, war an EU-Arbeitserlaubnis gebunden. Im Übrigen haben EU-Bürger(innen) aus Bulgarien und Rumänien seit dem Beitritt volle Freizügigkeit.

Beendigung oder Verlust der Freizügigkeit: Eine Ausweisung von EU-Bürger(innen) ist nur aus Gründen der Sicherheit und Ordnung zulässig. Andere Möglichkeit das Aufenthaltsrecht zu verlieren, wenn die Voraussetzungen des Freizügigkeitsrechts nicht mehr vorliegen oder wenn Betrug oder Missbrauch gegeben ist (bei wirtschaftlich aktiven EU-Bürger(innen) nie wegen Sozialleistungsbezug, anders als bei wirtschaftlich nicht aktiven).

2. Zuwanderungszahlen

EU-Bürger(innen) stellen mit 43 % die größte Gruppe der Ausländer(innen) in Deutschland.

Die Migration nach und aus Deutschland führte 2008 und 2009 zu einem negativen Saldo.

Deutlich erhöht hat sich seit 2010 die Einwanderung aus EU-Ländern, die von der Finanzkrise besonders betroffen sind (Griechenland, Spanien, Italien und Portugal). Auffällig gestiegen sind auch die Zahlen für Polen, Rumänien und Bulgarien.

Gründe für steigende Zuwanderung: Banken- und Wirtschaftskrise, hohe Arbeitslosigkeit in den o.g. Ländern, robuster Arbeitsmarkt in Deutschland.

Beschäftigung von Ausländer(innen) ist angestiegen, was mit der Zunahme der Zuwanderung korrespondiert. Parallel zur Zunahme der Beschäftigtenzahl hat die Arbeitslosigkeit von

Ausländer(innen), die traditionell deutlich über der Arbeitslosenquote von deutschen liegt, deutlich abgenommen. Die Arbeitslosenzahlen von Bulgar(inn)en und Rumän(inn)en unterscheiden sich darin nicht von den Zahlen bei anderen EU-Bürger(innen). Es handelt sich bei der Zuwanderung von Bulgar(inn)en und Rumän(inn)en um eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in soziale Systeme.

3. Problemmeldungen und Beratungsbedarfe

Arbeitsmarkt: Fehlende und/oder falsche Informationen, ohne ausreichende Deutschkenntnisse keine guten Jobs, Arbeit im Niedriglohnsektor sichert nicht den Lebensunterhalt, Selbständigkeit als „Notlösung“, prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitsausbeutung, Scheinselbständigkeit.

Zugang zu Sozialleistungen

Rechtlich unproblematisch: EU-Bürger(innen) mit Erwerbstätigenstatus, Daueraufenthaltsberechtigte EU-Bürger(innen) - kein Ausschluss von Leistungen sowie Anspruch auf aufstockende Leistungen. Aber umstritten: Anspruchsausschlüsse für Arbeitsuchende und wirtschaftlich nicht aktive EU-Bürger(innen).

Soziale Sicherung: Export von Arbeitslosengeld wird versäumt, Nachweis der Bedürftigkeit bei Selbständigen oft schwierig, fehlende Kenntnisse/falsche Informationen bei Leistungsträgern, sozialrechtliche Ansprüche werden verweigert, sozialrechtliche Ansprüche werden diffamiert.

Krankenversicherung: Krankenversicherungspflicht - fehlende Kenntnis schützt nicht vor Zahlungspflichten, fehlendes Wissen über die EHIC, Selbstzahler sind überfordert, Notfallversorgung funktioniert nicht überall.

Wohnen: Obdachlosigkeit, Schrott-Immobilien, Überbelegung, wer keine Arbeit hat, ist chancenlos; Diskriminierung; Besitzstandwahrendes Denken: Sozialwohnungen und städtische Hilfen nur für Alteingesessene.

Zugang zur Informationen: Informationen sind oft: schwer zu finden, nur auf Deutsch, nur im Internet; Informationen sind teilweise falsch - auch bei deutschen Behörden, dubiose „Vermittler“.

Diskussion: Fragestellungen, Handlungsmöglichkeiten für Beiräte

1. Keine ausreichenden Informationen über die Problemlagen der betroffenen Menschen. Wie kommen Beiräte zur Informationen? Wer sind unsere Ansprechpartner? Wie werden Informationen an die Betroffenen weiter getragen?

Handlungsmöglichkeiten:

- Situation vor Ort recherchieren, Lebensbedingungen der betroffenen Menschen vor Ort anschauen, z.B. in den Schulen
- Beratungsmöglichkeiten zwischen Beiräten und Sozialhilfeträgern in den Kommunen schaffen; mit anderen kommunalen Akteuren Infoblätter entwerfen
- Beiräte sollen als Informationsgeber für Zuwanderer(innen) auftreten: Sprechstunden für Zuwanderer einführen, um Beratungsbedarfe zu decken
- Sich klar machen, dass neue Migration im Grunde keine neue ist, und Beiräte haben viele eigene Erfahrungswerte. Unter Einbeziehung dieser Erfahrungen die Handlungsempfehlungen ausarbeiten.

2. Was wünschen wir an Änderung vom rechtlichen Rahmen, damit diejenigen, die Sozialleistungen bekommen müssen, sie auch erhalten? Die Frage der Kontrolle /Bestrafung von dubiosen Vermittlern ist heikel.

Handlungsempfehlungen:

- Eine Petition an Behörden schreiben, um ein Dialog / einen runden Tisch anzustoßen.
- Lobbyarbeit übernehmen und Migranten den Rücken stärken, z.B. Vernetzung mit Behörden

3. Positionierung der Beiräte betreffend dieser Aufgaben: wir wollen diese Menschen stützen, uns für sie einsetzen und mit Aufklärung und Beratung entsprechende Änderungen bewirken.
4. Roma-Diskussion: Viel Sensibilität dabei gefragt, weil wir hier mit stärksten Vorurteilen zu tun haben.

Handlungsempfehlungen:

- Beiräte sollen bewusst auf kommunale Strukturen zugehen

5. Schule: Problematik der Integrationsklassen.
Lehrer in Übergangsklassen werden oft aus der „Krankheitsreserve“ geholt, haben oft keine entsprechende Qualifikation. Wie kann die Qualität des Unterrichtes verbessert werden?
Wie kann der Übergang in eine Regelklasse schneller gestaltet werden?

Handlungsempfehlungen:

- Die Idee des Einsatzes von den Lehrern, die Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“ haben, in die Diskussion mit den Verantwortlichen in der Kommune einbringen. Die Lehrer haben oft entsprechende interkulturelle Kompetenzen und sprechen teilweise eine oder andere Muttersprache der Zuwanderer(innen).